

9./1. 1915

Ministerbesprechungen über die Getreide- und Mehlsfrage. In der nächsten Zeit dürften Ministerbesprechungen abgehalten werden, die insbesondere der Frage gelten sollen, in welcher Art die Zurückhaltung der Getreideproduzenten, welche einen fühlbaren Mangel des Angebots bewirkt, bekämpft werden soll. Im Kreise der Konsumenten werden genaue Vorratserhebungen, staatliche Requisitionen mit strengen Strafbestimmungen und eine entsprechende Verteilung von Staats wegen verlangt. In den nächsten Tagen werden Vertreter der Industrie und des Getreidehandels bei leitenden amtlichen Persönlichkeiten vorsprechen, um ihnen eine Darstellung ihrer Wünsche zu geben und die Einleitung der erforderlichen Schritte zur Abhilfe zu verlangen. In den Kreisen des Getreidehandels wendet man sich insbesondere dagegen, daß der Weizenhöchstpreis in Budapest höher ist als in Wien, wodurch der Bezug von ungarischem Getreide in Oesterreich erschwert wird. Ferner wird darüber geklagt, daß dem Handel jede Möglichkeit einer Betätigung entzogen ist. All diese Wünsche werden vermutlich den Gegenstand der Ministerbesprechungen bilden. Im Vordergrund der Erwägungen dürfte die Frage stehen, wie dem mangelnden Angebote, das zu einer vollständigen Stöckung auf dem Getreidemarkte geführt hat, entgegenzuwirken sein wird. — Heute fand unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Vizebürgermeisters Hof eine Obmännertkonferenz der geminderständlichen Parteien statt, in welcher nach Behandlung einer Reihe kurrenter Angelegenheiten, insbesondere die Mehlsfrage, einen breiten Raum einnahm. Der Bürgermeister gab eine tabellarische Darstellung aller der Schritte und Maßnahmen der Gemeinde Wien und kam mit voller Zustimmung aller Anwesenden zu dem Schlusse, daß die Gemeinde alles getan habe, was in ihrem Wirkungsbereiche zur Lösung dieser Frage möglich und zweckdienlich war. Die Verfügungen hinsichtlich der Kohlenversorgung wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. — Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel hat in seiner Sitzung, welche am 8. d. in den Räumen der Handels- und Gewerbekammer stattfand, die Wirkungen, welche die Ersetzung der Höchstpreise für die Approvisionierung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder und insbesondere des Landes Niederösterreich und der Reichshauptstadt gezeitigt hat, eingehend besprochen. Allgemein wurde auf den Mangel hingewiesen, daß gerade Niederösterreich und Wien, welche in dem Bezug von Brotgetreide auf die übrigen Kronländer und insbesondere auf Ungarn angewiesen sind, die niedrigsten Höchstpreise gerade für den Hauptartikel Weizen zugewiesen erhielt. Der Höchstpreis für Weizen ist in Niederösterreich um 50 H. niedriger gehalten als in Budapest, um 1 R. niedriger als in Mähren und um 1 R. 50 H. niedriger als in Böhmen. Diese Spannung vergrößert sich noch zuungunsten Niederösterreichs beim Weizenmehl. Der Handel, der für den Getreide- und Mehlbezug Niederösterreichs und Wiens, insbesondere aus den Ländern der ungarischen Krone, absolut not-

wendig ist, ist dadurch ausgeschaltet, daß er selbst an andere Händler und auch an Erzeuger (Bäcker und Müller) in Niederösterreich nur zu niederösterreichischen Maximalpreisen Getreide und Mehl abgeben kann, daher die Differenz der Höchstpreise, die Fracht und anderen Regiespesen aus eigenem tragen mußte. Es ist daher vollkommen begreiflich, daß seit der Höchstpreisverordnung kein Brotgetreide und kein Mehl mehr nach Niederösterreich gelangen. Die halb und halb in Aussicht gestellte Ermäßigung der Höchstpreise in Ungarn, die dem Uebelstande hätte abhelfen sollen, ist auf eine gänzlich unzulängliche Ermäßigung des Höchstpreises für Roggen um 70 H. zusammengeschmolzen, während der Weizenpreis nach wie vor in Budapest höher ist wie in Wien. Von den verschiedenen Rednern wurde es als Pflicht des Permanenzkomitees bezeichnet, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß derartige ohne Ruziehung eines fachverständigen Beirates oder gegen dessen Votum verfertigte Verordnungen nur erhöhte Schwierigkeiten heraufbeschwören können. Bei den Beratungen des Permanenzkomitees wurde auch angeregt, den Ankauf und die Verteilung der vorhandenen Vorräte unter Einflußnahme der Regierung zu konzentrieren und in zweckmäßiger Weise durchzuführen. Zum Zwecke entschiedener Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung sowie zur Vorberatung geeigneter Anträge wählte das Permanenzkomitee aus seiner Mitte einen Approvisionierungsausschuß, der seine Beratungen noch am heutigen Tage begann. Diesem Ausschusse gehören die Abgeordneten Friedmann, Ritter v. Pans und Spitzer sowie die Kammerräte kaiserlicher Rat Weigl, Gabl und Weissenberger an.

Der Mehl- und Getreidehandel in Wien am 8. d.